

Kredit ablehnen

260000 Franken haben die drei Gemeinden Berikon, Rudolfstetten-Friedlisberg und Widen für die Präsentation einer möglichen Fusion ausgegeben. An dieser Präsentation im September 2016 haben rund 200 bis 300 Bürger teilgenommen. Die grosse Mehrheit, also rund 12000, haben über dieses nachhaltige und endgültige Vorhaben keine Ahnung. Vieles ist an dieser Veranstaltung leider unklar und ungesagt geblieben.

Jetzt soll am 13. Februar an einer ausserordentlichen «Gmeind» in den drei Gemeinden ein weiterer Kredit für die Ausarbeitung eines Fusionsvertrags bewilligt werden. In der Einladung werden Chancen und Risiken einander gegenübergestellt. Die einer Fusion folgenden Kosten und Investitionen werden aber wieder nicht aufgezeigt. Dabei handelt es sich um äusserst gewichtige Beträge wie Investitionen für ein gemeinsames Gemeindehaus, den Werkhof, die Standortfrage dieser Gebäude, die Verwendung und der Unterhalt der dann nicht mehr benötigten Liegenschaften, die Reorganisation Personalbereich, den Ausgleich der unterschiedlichen Nettovermögen, die Koordination der Werke Elektra und Wasser und mehr. Die Einladung zur «Gmeind» macht deshalb den Eindruck, der Stimmbürger soll von ein paar Fusionsturbos schnellstmöglich und blind über den Tisch gezogen werden, indem möglichst wenig Details über die finanziellen Folgen aufgezeigt werden.

Unerwähnt blieb auch die neuste Studie der Uni St. Gallen, die klar aussagt, dass der gewünschte Spareffekt durch Zusammenschlüsse ausbleibt. Darin sind 142 Gemeinden analysiert. Die von der Uni St. Gallen und von der Uni Luzern betreute Studie ist am 14. Dezember 2016 in der «Rundschau» des Schweizer Fernsehens ausgestrahlt worden. Details findet man im Internet unter Google «Gemeindefusionen srf».

Der Kredit an der «Gmeind» ist deshalb abzulehnen. Vorerst sind alle Bürger mittels eines nachhaltigen und mehrjährigen Finanzplans über die finanzielle Entwicklung und die Steuerfolgen in Kenntnis zu setzen. Dabei sind die Varianten Fusion und partielle Zusammenarbeit einander gegenüberzustellen.

In der Folge ist dann mittels einer konsultativen Urnenabstimmung in allen drei Gemeinden abzuklären, ob sich überhaupt eine Mehrheit für eine fusionierte findet oder ob der Wille für eine partielle Zusammenarbeit grösser ist. Vielleicht wünscht ja der Souverän auch, dass alles so bleibt, wie es ist. Dann ist immer noch Zeit, Geld auszugeben, um einen Fusionsvertrag auszuarbeiten.

Werner Naef, Berikon